



Schaan/FL, 4. November 2011

Medienmitteilung der CIPRA zum Geburtstag der Alpenkonvention

20 Jahre Alpenkonvention: Die CIPRA zieht eine gemischte Bilanz

Die Alpenkonvention wird am 7. November 20 Jahre alt. Sie ist das konkreteste Beispiel für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alpenraum. Die Alpenstaaten handeln den Staatsvertrag allerdings deutlich unter ihrem Wert. Die CIPRA als Geburtshelferin der Alpenkonvention fordert mehr Mittel für die Umsetzung.

Am 7. November 1991 haben die UmweltministerInnen der acht Alpenstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Österreich, Schweiz und Slowenien sowie der Europäischen Gemeinschaft das «Übereinkommen zum Schutz der Alpen» (Alpenkonvention) im österreichischen Salzburg unterzeichnet. Der Geburt des Staatsvertrags ging eine jahrelange Vorarbeit der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA voraus. Als offizielle Beobachterin ist sie nach wie vor stark eingebunden. Heute, 20 Jahre nach der Unterzeichnung, fordert die CIPRA die Alpenstaaten und die Europäische Union auf, sich auf die Stärken des Vertragswerks zu besinnen und dem Kooperationsinstrument mit finanziellen Mitteln neues Leben einzuhauchen.

Lebendige Netzwerke

Aus der internationalen Zusammenarbeit sind unter anderem wichtige Netzwerke entstanden wie das Gemeindenetzwerk «Allianz in den Alpen», das Netzwerk Alpiner Schutzgebiete Alparc, der Verein «Alpenstadt des Jahres» oder das Internationale Wissenschaftliche Komitee für Alpenforschung ISCAR. Sie alle leisten täglich Umsetzungsarbeit im Dienste einer nachhaltigen Entwicklung, wie die Alpenkonvention das vorsieht. Dies zeigt nach Ansicht der CIPRA, dass der Staatsvertrag ein grosses Potenzial hat und eine gute Basis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bietet. Während diese Netzwerke nahe bei der Bevölkerung sind und mit ihren Projekten das Schlagwort «nachhaltige Entwicklung» konkret werden lassen, haben sich die Vertragsparteien in den letzten Jahren darauf konzentriert, Papier zu produzieren und Resolutionen zu formulieren. Die CIPRA, die rund 100 Organisationen und Institutionen im ganzen Alpenraum vertritt, hat die MinisterInnen wiederholt aufgefordert, die Alpenkonvention als Instrument der nachhaltigen Entwicklung zu stärken. Sie hat auch Vorschläge unterbreitet, wie das geschehen soll: Mit Umsetzungsprojekten vor Ort sollen



die Alpenstaaten der Alpenkonvention ein Gesicht geben, damit sie für die Bevölkerung sichtbar und nutzbar wird.

Nicht nur predigen, sondern auch handeln

Erste Ansätze sind auszumachen. Zum Beispiel ist aus den Reihen der Alpenkonventionsmitglieder ein internationales Projekt entstanden, das Wege aufzeigt, die Alpen klimaneutral zu machen. Um die nachhaltige Entwicklung im Sinne der Alpenkonvention greifbar werden zu lassen, braucht es aber nebst politischem Willen auch den Einsatz von entsprechenden Geldmitteln. «Es ist Zeit, den Sonntagspredigten Taten folgen zu lassen», sagt Andreas Götz, Geschäftsführer von CIPRA International. Die CIPRA bietet Hand für eine Zusammenarbeit und fordert die Mitgliedsstaaten der Alpenkonvention auf, das europäische Vertragswerk zum 20. Geburtstag mit einer Fülle von Umsetzungsprojekten zu beglücken.

Diese Mitteilung und druckfähige Pressebilder stehen zum Download bereit unter:
www.cipra.org/de/presse/medienmitteilungen

Rückfragen bitte an:

Andreas Götz, Geschäftsführer CIPRA International, +41 79 651 51 19
andreas.goetz@cipra.org

Die CIPRA, eine vielfältige und vielgestaltige Organisation

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA ist eine nichtstaatliche Dachorganisation mit nationalen Vertretungen in den Alpenländern, die über 100 Verbände und Organisationen aus sieben Alpenstaaten vertritt. Sie arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen und setzt sich für die Erhaltung des Natur- und Kulturerbes, für die Erhaltung der regionalen Vielfalt und für Lösungen grenzüberschreitender Probleme im Alpenraum ein. (440 Zeichen inkl. Leerzeichen)
www.cipra.org